

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: 8 88 848 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Horst Pater MdB zum Erfordernis einer Offensive gegen die Regierungspolitik: Unsere Reformpolitik verdeutlichen Seite 1

Siegmar Mosdorf MdB zur Notwendigkeit einer "Europäischen Luft-Qualitäts-Richtlinie": Am californischen Beispiel orientieren. Seite 3

Prof. Dr. Martin Pfaff MdB zum Renovierungsurteil des BGH: Plädoyer für ein neues "soziales Mietrecht". Seite 4

Heidemarie Wiczorek-Zeul MdB zur Beschäftigung osteuropäischer Arbeitnehmer: Einwanderung regulieren statt Werkverträge ausweiten. Seite 5

Christoph Zöpel MdB zur konstituierenden Sitzung des neugewählten Kuratoriums des Wissenschaftsforums: Für den Austausch von Wissenschaft und Politik. Seite 6

47. Jahrgang / 58

24. März 1992

Das strategische Ziel unserer Reformpolitik verdeutlichen!

Zum Erfordernis einer offensiven Auseinandersetzung mit der Regierungspolitik

Von Horst Pater MdB

15 Monate nach der letzten Bundestagswahl sind jetzt im Bund und im Wahlkreis die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Bestehen der Wahl '94 zu schaffen. Wir müssen die Kritik an der Regierung so ordnen, daß eigene politische Ziele erkennbar sind. Wir brauchen eine konturierte sozialdemokratische Oppositionspolitik, nicht nur relative Abstufungen zur Regierung, keine Gemeinsamkeit mit der Regierung, wie zum Beispiel in der Asylpolitik, die die eigenen Kommunalpolitiker nur desorientiert.

Wer im übrigen meint, die Partei habe im letzten Jahr kerngesund dagedanden, nur die Partelspitze krisele vor sich hin, verharmlost die Lage der Partei, die wir jetzt überwinden. Das Wahldebakel in Bremen, der Hamburger Diätenskandal, der Rücktritt Volker Hauffs in Frankfurt zeigen, wie schwer die SPD mit der Sicherung der Politikfähigkeit und Bewahrung der politischen Kultur zu kämpfen hat. Gestoppt werden muß der Trend zur "Amerikanisierung" der Partei, die einerseits Wahlmaschine ist, andererseits eine Koalition zur Besetzung von öffentlichen Funktionen. Die Glaubwürdigkeitslücke öffnet sich in den Unterbezirken und Kommunen, wenn in der Umwelt- und Verkehrspolitik eine dem Projekt des Berliner Programms, dem ökologisch-sozialen Umbau gegenläufige Politik betrieben wird. Auf Bundesebene wird die Politik der Verteidigung des Sozialstaates und der Kampf um den Artikel 87 Grundgesetz (Bundesbahn und Bundespost als Sondervermögen des Bundes mit sozialstaatlicher Aufgabenstellung) erschwert, wenn in den sozialdemokratisch regierten Kommunen Dienstleistungen privatisiert werden. Um dies einmal klarzustellen: das Berliner Programm wurde nicht vom Parteipräsidium beschlossen, sondern von den von den Unterbezirken gewählten Bundesparteitag delegierten nach vorheriger gründlicher Diskussion in der Partei.

Die Partei hat nach der Wahl 1990, dem Verzicht Oskar Lafontaines, dem Rückzug Hans-Jochen Vogels, den Wahlen von Björn Engholm und Uli Klöses den personellen Wechsel geschafft und personell gleichgezogen zur programmatischen Erneuerung (Berliner Programm). Die Irritationen, die den Wechsel begleiteten, sind mit den reinigenden Gewitter der Parteiratssitzung vom 28. Januar 1992 und der Konferenz der Sprecher der Arbeitsgruppen der Fraktion am 21.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kernfähige Umsetzung
mit bestem Ergebnis
Recycling-Papier



Februar 1992 ausgestanden. Die Fraktion findet sich in die neue Arbeitsweise ein. Die Partei arbeitet am organisatorischen Reformprozeß "SPD 2000" und an der inhaltlichen Alternative zur Regierungspolitik "Deutschland 2000". Die offensive Entwicklung der sozialdemokratischen Position zu "Maastricht" zeigt, daß sich der neue Führungsstil durchsetzt.

Inhaltlich bemüht sich die Partei, die durch die deutsche Einheit veränderten Rahmenbedingungen für deutsche und europäische Politik in das Reformprojekt des Berliner Programms zu integrieren. Der Streit um die Einheit sollte jetzt abgeschlossen sein. Es ist auch unerheblich, wer damals Recht hatte. Das vereinte Deutschland ist jetzt Normalität und Bedingung sozialdemokratischer Politik.

Wenn die Opposition die Regierung ablösen will, braucht sie eine entsprechende Stimmung im Volk. Denn nur dann wächst die Bereitschaft, sich für alternative Konzepte zu interessieren. Die Analyse der Hamburger Wahl zeigt, daß die Zusprache von Kompetenz in Zusammenhang steht mit der Siegesvermutung. Die Meinung der Bürgerinnen und Bürger ist in hohem Maße Ergebnis von Kommunikation und nicht von Wissen! Es ist also die erste Pflicht der Opposition, die Regierungspolitik in den wesentlichen Gründen offensiv zu kritisieren, mit denen die Notwendigkeit des Wandels begründet werden kann. Erst dann folgt der Schritt, mit dem Eindruck vermittelt, daß wir es besser können.

Die "Tunix-Regierung" bereitet nach der Steuerlüge die Soziallüge vor

Die Bundesregierung hat personell, politisch und ökonomisch abgewirtschaftet.

- Die konservative Politik der sogenannten "Revitalisierung der Wirtschaft" ist gescheitert. Für die Bundesrepublik Deutschland wird wie für die Ökonomien der anderen kapitalistischen Staaten eine gravierende Wirtschaftskrise erwartet. Kennzeichen sind eine nachhaltige Investitions- und Wachstumsschwäche, ein weiteres Anwachsen der Arbeitslosigkeit und der Armutsbevölkerung, höhere Steuerbelastungen bei gleichzeitiger Rekordverschuldung.
- Die Bundesregierung bereitet sich mit einer Beschleunigung des Abbaus des Sozialstaats darauf vor und somit steht die Bundesrepublik vor einer dramatischen Verschärfung der Sozialabbaupolitik. Die erneuten Debatten über Mißbräuche staatlicher Leistungen, über die Standortqualität der Bundesrepublik, über eine mehrjährige Lohnpause, geringere Lohnzuwächse, differenzierte Tarifabschlüsse, Ausweitung der Betriebsnutzungszeiten, Unternehmenssteuersenkungen, das Arbeitsvermittlungsmonopol der Arbeitsverwaltung bereiten, die nächste Stufe dieser Politik propagandistisch vor.
- Die Gesundheitsreform ist gescheitert, neue Leistungseinschränkungen sind wahrscheinlich. Wahrscheinlich ist auch die Einführung gestaffelter Beiträge. Dabei würde nur der Grundbetrag vom Arbeitgeber mitgetragen, höhere Beiträge müßten von den Arbeitnehmern allein getragen werden. Die Einführung der Pflegeversicherung ist weiterhin fraglich. Wirkliche Mißbräuche wie die Steuerhinterziehung zum Beispiel bei Zinseinkünften oder mißbräuchliche Gewerbeanmeldungen von Westbetrieben hart östlich der ehemaligen DDR-Grenze, obwohl der Betrieb weiterhin in den alten Ländern seinen Sitz hat, bekämpft die Bundesregierung nicht. Nach der "Steuerlüge 1990" bereitet Kohl die "Soziallüge 1992" vor.
- In der Verteilungsfrage wird das Ergebnis immer ungerechter. Die Lasten der Einheit und des europäischen Einigungs- und Friedensprozesses werden einseitig den Arbeitnehmern, Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern als Steuerzahler, als Beitragszahler in der Sozialversicherung beziehungsweise als Leistungsempfänger aufgebürdet. Große Einkommen, Selbständige und Beamte werden weitgehend geschont oder sogar entlastet. Weiterhin bleibt die Verteilungsachse das sozialdemokratische Kernthema: soll zwischen oben und unten umverteilt werden, oder zwischen den kleinen Einkommen: zwischen den Arbeitnehmern aus Ost und West, deutscher oder ausländischer Nationalität. Die Konservativen verteilen von unten nach oben um und zwischen den kleinen Einkommen. Vorschläge wie die von Frau Süßmuth für einen Solidarpfennig für den Osten sind eine geheime weitere Mehrwertsteuererhöhung, belasten wiederum einseitig die kleinen und Sozialeinkommen.

- Auch das Thema des Parteitages, die Integration der ausländischen Bürgerinnen und Bürger, ist eine verteilungspolitische Frage. Diese Frage wird in der Konkurrenz um Arbeitsplätze und Wohnungen entschieden. Fromme Wegweisungen zur multikulturellen Gesellschaft verfehlen das Thema. Die nationalistische Agitation soll deutsche und ausländische Arbeitnehmer spalten und von gemeinsamer Interessensvertretung in Arbeits- und Wohnwelt ablenken.
- Die Bundesregierung hat die Durchsetzung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Einheit nicht gemeistert. Ökonomisch und finanzpolitisch ist die Integration der neuen Länder gescheitert. Die Verschuldungslawine wird durch verfassungswidrige Schattenhaushalte mühsam versteckt. Das ostdeutsche Industriepotential ist verloren. Das ideologisch bestimmte Prinzip "Rückgabe vor Entschädigung" blockiert die Entwicklung der neuen Länder.
- Außen- und friedenspolitisch hat die Bundesregierung den Wegfall der Ost-West-Konfrontation nicht für einen strategischen Wechsel genutzt. Die "Friedensdividende" wird für die Aufrüstung der Bundeswehr zu einer weltweit einsetzbaren Einsatztruppe verpraßt und die neue Rolle Deutschlands in der Welt militärisch definiert, statt in einem Entwicklungs- und Friedensbündnis mit der Dritten Welt und den Staaten Osteuropas.
- Innenpolitisch belastet die Diskussion über den Paragraph 218 und den Status der politischen Flüchtlinge, die Armutswanderung, der von den Konservativen gedeckte neue Rechtsextremismus die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland und die Verfassungsdiskussion.
- In der Verkehrspolitik fährt Minister Krause mit hoher Geschwindigkeit die alte Beton-Politik des Vorranges von Straße und Auto vor Schiene und Bahn. Mit dem Beschleunigungsgesetz und dem Investitionsmaßnahmengesetz werden demokratische Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger abgebaut.
- In der Umweltpolitik kommt Töpfer über Ankündigungen nicht hinaus. Die Lücke zwischen dem, was wir wissen und tun müßten, und dem, was von der "Tu-nix"-Regierung kommt, wird immer größer.
- Auch personell ist die Bundesregierung erschöpft. Bundeskanzler Kohl war 1989 reif zur Ablösung und rettete sich durch den politischen Glücksfall Einheit. In der politischen Normalität nach der Einheit schrumpft Kohl auf seine wahre Größe. Sein Kabinett stellt das letzte Aufgebot der Koalition dar. Kohl steht als "Kanzler der Inflation und Arbeitslosigkeit" einem Kabinett der "Luschen", so der "Spiegel", vor.

Wir stellen dem eine geschlossene sozialdemokratische Politik auf allen Ebenen entgegen. Die Ernsthaftigkeit der Politik muß dadurch erkennbar sein, daß in jeder Einzelmaßnahme das strategische Ziel unserer neuen Reformpolitik, der ökologisch-soziale Umbau der Industriegesellschaft, erkennbar ist.

(-/24. März 1992/rs/fr)

Am callifornischen Beispiel orientieren Zur Notwendigkeit einer Europäischen "Luft-Qualitäts-Richtlinie"

Von Siegmur Mosdorf MdB

Angesichts des CO₂-Smogs und angesichts des Treibhauseffektes sind neue umweltfreundliche Antriebssysteme dringend erforderlich. Wenn man das Auto an die Steckdose hängt, ist das noch lange kein Fortschritt. Deshalb brauchen wir eine am "Clean-Air-Act-Amendment" Californiens orientierte "Europäische-Luft-Qualitäts-Richtlinie" für die Bundesrepublik Deutschland und für alle Staaten in Europa. Diese Luft-Qualitäts-Richtlinie soll klare Ziele für die E-Wirtschaft zur Veränderung des Energie-Mix setzen. Dabei muß der Anteil der regenerativen Energie stufenweise von heute zwei Prozent auf acht Prozent im Jahr 2000 und auf 15 Prozent im Jahr 2010 verbindlich erhöht werden.

Außerdem sollen mit der Europäischen-Luft-Qualitäts-Richtlinie der Automobilindustrie Entwicklungsziele für den Flottenverbrauch - unabhängig vom Antriebssystem - formuliert werden. Es muß in den nächsten Jahren der Flottenverbrauch, der immer noch pro PKW bei durchschnittlich über zehn Liter auf 100 Kilometer liegt, kontinuierlich und systematisch gesenkt werden: auf acht Liter bis zum Jahr 1995, auf sieben Liter bis zum Jahr 2000 und auf fünf Liter bis zum Jahr 2005. Hierzu sind unsere Techniker durchaus in der Lage.

Eine "Europäische-Luft-Qualitäts-Richtlinie" muß die stufenweise Einführung von "Null-Emissions-Antrieben" nach Californischem Vorbild verbindlich vorsehen: im Jahr 2000 müssen drei Prozent aller Neuwagen mit "Null-Emissions-Antrieben" fahren, im Jahr 2005 fünf Prozent und im Jahr 2010 zehn Prozent.

Dieser Stufenplan muß mit der Veränderung des Energie-Mix korrespondieren.

Die Massenmotorisierung hat den Fortschritt zur Schnecke gemacht! Wir haben zwar die 35-Stunden-Woche, stehen dafür aber im Durchschnitt 69 Stunden im Jahr im Stau und an Ampeln. Aus der Rush-Hour ist längst eine Stau-Hour geworden.

Der französische Architekt und Philosoph Paul Virillio spricht bei der Beschreibung unserer Gesellschaft zurecht von einem "Rasenden Stillstand". Wenn unsere Gesellschaft endlich eine Vereinbarkeit der Mobilitätswünsche der Menschen mit der ökonomischen und ökologischen Leistungsfähigkeit unserer Verkehrssysteme erreichen will, brauchen wir nicht nur neue Antriebstechniken, sondern vor allem eine ganz neue Verkehrspolitik.

(-/24. März 1992/rs/fr)

Plädoyer für ein neues "soziales Mietrecht"

Zum BGH-Urteil zur Umlage modernisierungsbedingter Renovierungskosten

Von Prof. Dr. Martin Pfaff MdB

Mit dem Urteil des Karlsruher Bundesgerichtshofs zur Umlage modernisierungsbedingter Renovierungskosten auf die Mieter wird sich die Wohnungsnot noch verschärfen. Es wird eine weitere Verknappung preiswerten Wohnraums vor allem in den Städten und Ballungsgebieten geben, da mit den jetzt festgesetzten Kriterien modernisierungsbedingte Mietpreiserhöhungen insbesondere bei Altbauwohnungen auf bis zu elf Prozent der Kosten zukünftig noch leichter und einfacher durchgesetzt werden könnten.

Durch dieses Urteil läuft gerade jener Personenkreis Gefahr, aus den Wohnungen verdrängt zu werden, der auf ein preiswertes Wohnungsangebot angewiesen ist und die steigenden Mieten nicht bezahlen kann. Getroffen werden die Bezieher niedriger Einkommen, kinderreiche Familien, Alleinerziehende, Rentner und Studenten.

Vor diesem Hintergrund setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion für die Wiederherstellung des sozialen Mietrechts ein. Ein entsprechender Gesetzentwurf auf Initiative der Bayerischen SPD-Landesgruppe, der die Position der Mieter nachhaltig stärken soll, ist bereits vorbereitet und wird noch vor der Sommerpause eingebracht.

Nach diesem Gesetzentwurf sollen Mietpreiserhöhungen, die wesentlich über die Steigerung der allgemeinen Lebenshaltungskosten hinausgehen, sowie reine Luxusmodernisierungen zu Lasten der Mieter nicht mehr möglich sein. Das Miethöhengesetz wird entsprechend geändert.

Nach der Entscheidung des Bundesgerichtshofs müßten, wenn die rechtlichen Grundlagen unverändert bleiben, Mieter in den alten Bundesländern mietsteigernde Modernisierungen hinnehmen, wenn dadurch das Ausstattungsniveau von mindestens zwei Dritteln aller vergleichbaren Wohnungen erreicht wird. Dabei ist bislang der allgemein übliche Zustand im bundesweiten Vergleich mit 90 Prozent aller Wohnungen ohne Unterscheidung nach Alt- und Neubauwohnungen maßgeblich gewesen.

(-/24. März 1992/rs/fr)

Einwanderung regulieren statt Werkverträge ausweiten
Zur Beschäftigung osteuropäischer Arbeitnehmer in der Bauindustrie

Von Heidemarie Wieczorek Zeul MdB
Mitglied des SPD-Präsidiums

Zunehmend werden Arbeitnehmer aus Osteuropa auf der Grundlage von Werkverträgen beschäftigt. Die aufgrund des starken Lohnkostengefälles zwischen West- und Osteuropa besseren Konkurrenzbedingungen osteuropäischer Unternehmen, die im wesentlichen als Subunternehmer der deutschen Bauindustrie tätig sind, führen zu einer Wettbewerbsverzerrung. Dabei werden insbesondere die kleinen und mittelständischen Baubetriebe benachteiligt. Die Bundesregierung verfolgt zwar nach außen einen Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer. Mit dem Werkvertragsmodell für osteuropäische Arbeitnehmer, das durch ein Regierungsabkommen geregelt wird, wird dieser Anwerbestopp jedoch durchbrochen.

Es ist interessant, daß inzwischen auch in der hessischen Bauwirtschaft Forderungen nach einem Einwanderungsgesetz erhoben werden, um durch eine kontrollierte und regulierte Einwanderung qualifizierter Arbeitskräfte den Facharbeitermangel und den Mangel an Auszubildenden und die Nachteile des Werkvertragsmodells in der Bauwirtschaft zu beseitigen.

Nach Angaben des Verbandes Baugewerblicher Unternehmen Hessen e.V. ist inzwischen etwa jeder sechste Arbeitnehmer Bauarbeiter im Hochbaubereich in Hessen ein Mitarbeiter osteuropäischer Firmen. Für diese osteuropäischen Werkvertragsarbeitnehmer fallen deutlich geringere Sozialversicherungskosten an. Das heißt, damit sind die Kosten pro Arbeitsstunde um ein Drittel billiger als bei einem deutschen Bauarbeiter.

Auf den Endpreis der Bauleistung berechnet, betragen die Lohnkosten bei Bauarbeiten rund 50 Prozent. Unterschiedlich hohe Löhne führen also zu beträchtlichen Angebotsdiskrepanzen, die bei einem Bauvolumen von drei bis 3,5 Millionen DM bis zu 700.000 DM betragen können. Dem haben mittelständische Betrieben nichts entgegenzusetzen.

Das Werkvertragsmodell allerdings kann den Facharbeitermangel nicht beheben. Über eine regulierte Einwanderung dagegen könnten fehlende und dringend benötigte Fachkräfte gewonnen werden, ohne kleinere und mittelständische Unternehmen in Druck zu bringen.

(-/24. März 1992/rs/fr)

Für den Austausch von Wissenschaft und Politik

Zur konstituierenden Sitzung des neugewählten Kuratoriums des Wissenschaftsforums

**Von Christoph Zöpel MdB
Mitglied des SPD-Präsidiums**

Der intensive Austausch von wissenschaftlichen und politischen Informationen zwischen politischen Parteien und Wissenschaften wird in der heutigen Informations- und Wissenschaftsgesellschaft immer bedeutender. Die SPD wird sich dieser gesellschaftlichen Notwendigkeit noch stärker stellen.

Seit 1989 ist es Aufgabe des Wissenschaftsforums der Sozialdemokratie als Kontaktstelle beim Parteivorstand der SPD zu einer Verbesserung des Verständnisses zwischen Wissenschaft, Technik, Öffentlichkeit und Politik beizutragen.

Das Kuratorium hat auf seiner Sitzung am 20.3.1992 die Schwerpunkte der weiteren Arbeit des Wissenschaftsforums der Sozialdemokratie festgelegt:

In den nächsten Jahren wird das Wissenschaftsforum:

1. das aufgebaute Netzwerk zwischen Wissenschaftlerinnen/Wissenschaftlern und Sozialdemokraten systematisch nutzen und verstärkt regionalisieren,
2. zu für die Politik der SPD entscheidenden Themen Wissenschaftlerinnen/Wissenschaftler fragen; dem sollen Veranstaltungen unter dem Motto "SPD fragt die Wissenschaft" dienen,
3. den Dialog der SPD mit Wissenschaftlerinnen/Wissenschaftlern, insbesondere aus natur- und technikwissenschaftlichen Disziplinen, zu politischen Herausforderungen fortsetzen,
4. aktuelle Fragen der Wissenschafts- und Forschungspolitik mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern diskutieren.

Vom Parteivorstand sind derzeit in das Kuratorium des Wissenschaftsforums gewählt: Christoph Zöpel (Vorsitzender), Anke Brunn (stellvertretende Vorsitzende), Karlheinz Blessing, Inge Wettig-Danielmeier, Wolf-Michael Catenhusen, Jürgen Burckhardt.

Konkret geplant sind für 1992/93 unter anderem ein Wissenschaftsforum zur Energiepolitik für die neuen Bundesländer in Mecklenburg-Vorpommern, eine Serie von Konferenzen auf Bezirksebene zur Förderung regionaler Wissenschaftsforen, ein Kongreß zur Lage der Forschung in Deutschland, sowie Wissenschaftlertagungen zu Themen der Projektgruppen des Parteivorstandes (Deutschland 2000, SPD 2000 und Außenpolitik).

Auch in Zukunft werden die vom Wissenschaftsforum regelmäßig herausgegebenen "Wissenschaftsnotizen" kostenlos an Interessierte abgegeben. In ihnen finden sich Berichte und Referate von Tagungen des Wissenschaftsforums, sowie Informationen zur sozialdemokratischen Wissenschafts- und Forschungspolitik.

(-/24. März 1992/rs/tr)
